

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1^½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24^½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 21. Febr. Der bisherige Staatsanwalt Beiner zu Löbau, ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Mohrungen und zugleich zum Notar im Departement des Ostpreußischen Tribunals zu Königsberg, mit Ausnahme seines Wohnsitzes in Mohrungen und mit der Verpflichtung ernannt worden, statt des bisherigen Titels "Staatsanwalt", den Titel "Justiz-Rath" zu führen. Der praktische Arzt Dr. Adamkiewicz zu Zerkow ist zum Kreis-Bundarzt des Kreises Wreschen ernannt; und am Gymnasium in Danzig die Anstellung des wissenschaftlichen Hülfslehrers Dr. Bresler als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Abgesehen. Der General-Major und Kommandeur der 5. Infanterie-Brigade, von Baczko, nach Stettin.

Telegramme der Posener Zeitung.

Berlin, Montag, 20. Februar. Der bisherige sardinische Ministerresident bei der Eidgenossenschaft, Rocheau, ist zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister ernannt worden. — Die bisherige schweizerische Handels-Agentur in Mailand ist zum Konsulat erhoben worden. (Eingegangen 21. Februar 8 Uhr Vormittags.)

Wien, Dienstag, 21. Febr. Nach einer so eben erlassenen kaiserlichen Verordnung, sollen die Israeliten fortan zum Besitz unbeweglicher Güter in Nieder-Ostreich, Böhmen, Mähren, Schlesien, Ungarn, der Woiwodschaft, dem Banat, in Kroatien, Slavonien, Siebenbürgen, dem Küstenlande und Dalmatien berechtigt sein. Die Patronats- und Vogteirechte ruhen während des Besitzes. Die Erwerbung bürgerlicher Wirthschaften erfordert die Selbstbearbeitung und die persönliche Niederlassung auf denselben. Die Besitzfähigkeit in Galizien, der Lukowina und im Gebiete von Krakau wird durch den Nachweis einer bestimmten Bildungsklasse bedingt. Sonst können die Israeliten nur Realitäten, wie vor dem Jahre 1848 erworben, dürfen auch landläufige Güter, aber nicht Rustikalwirthschaften pachten.

(Eingeg. 21. Febr. 12 Uhr 5 Min. Nachmittags.)

Deutschland.

Preußen. Berlin, 20. Febr. [Vom Hofe r.] Se. R. H. der Prinz-Regent empfing heute den Fürsten von Hohenzollern und den Minister v. Bethmann-Höslweg und nahm die Vorträge des Wirkl. Geh. Rathes Blaize, so wie des Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrathes Gostenoble entgegen. — II. R.R. H.H. der Prinz-Regent, der Prinz und die Frau Prinzessin Karl, die Prinzen Friedrich Georg und Adalbert hörten gestern Vormittag die Predigt im Dome; II. R.R. H.H. die Frau Prinzessin von Preußen, der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm, Prinz Albrecht (Sohn) und andere fürstliche Personen wohnten dem Vormittagsgottesdienste in der Matthäikirche bei. Mittags 12 Uhr begaben sich II. R.R. H.H. der Prinz-Regent, die Frau Prinzessin von Preußen und der Prinz Friedrich Wilhelm nach Potsdam, stellten I. M. der Königin im Schlosse Sanssouci einen Besuch ab und kehrten Nachmittags zur Tafel wieder hierher zurück. — II. R.R. H.H. der Prinz Karl und der Prinz Adalbert begaben sich heute Mittag um 12 Uhr zum Besuch I. M. der Königin nach Schloss Sanssouci. Der Prinz Adalbert traf bereits gegen 3 Uhr von Potsdam hier wieder ein, der Prinz Karl dagegen nahm bei seinem persönlichen Adjutanten, dem Major v. Wibleben, in Potsdam das Diner ein und kehrte um 5 Uhr hierher zurück. — Der Erbprinz und die Erbprinzessin von Dessau sind nach Dessau und die Prinzessin Carolath nach Leipzig abgereist. — Bei ihren Durchläufen den Fürsten Radziwill fand gestern Abend eine Gesellschaft, in welcher Graf v. Arnim-Bogenburg, Lord Bloomfield, Baron v. Budberg und andere Gesandten anwesend waren. — Heute Mittag fand im Schlosse Sagan die Vermählung der Prinzessin Clementine von Dino mit dem Fürsten Alexander Orlowski statt. Durchlaucht der Prinz Anton Radziwill ist gestern Abend nach Schloss Sagan abgereist und wird morgen früh mit dem Herzog v. Valencay hieher zurückkehren.

[Die Grundsteuer vorlage] ist gestern im Abgeordnetenhaus angenommen (vergl. unten den Sitzungsbericht).

Der preußische Handelsstaat hat heute seine Arbeiten begonnen. Die Sitzung wurde im Saale des Kurmärkischen Standeshauses um 10 Uhr eröffnet. Präsident Hansemann wurde zum Vorsitzenden für einen Tag gewählt. Die Anträge: die Beschlüsse des in Frankfurt im vorigen Jahre gehaltenen volkswirtschaftlichen Kongresses, betreffend den Tarif der Durchführzölle und Abschaffung der Buchergesetze, der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu empfehlen, wurden einstimmig angenommen. Ebenso der Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, daß Dezimalsystem in konsequenter Weise auch im Münzsystem (Hundertertheilung des Thalers) durchzuführen. Am Schlusse wurde auf Antrag von Elberfeld beschlossen, die Konkursnotierung der Wechsel auf Berlin und Köln an auswärtigen Plätzen herbeizuführen.

[Incorporation Schleswig.] Vor Kurzem wurde ein Schreiben unter der Adresse: "An das königliche herzogliche Amt Hadersleben in Schleswig" versendet. Wenige Tage darauf gelangte dasselbe an den Ausgeber zurück, indem auf der Adresse das Wort "Herzogliche" durchstrichen und darunter geschrieben war: "Wegen unrichtiger Adresse nicht zu befördern. Hamburg den 31. Jan. 1860. Rgl. dänisches Oberpostamt." (A. B.)

[Falsche Lausitzer Noten.] Die landständische Bank zu Bautzen macht bekannt, daß sie nach Ablauf dieses Monats die

ihre etwa präzisierten falschen Noten nicht mehr auswechseln werde. Sie erklärt jede Note für unbedingt falsch, welche 1) auf der Rückseite Zeile 6 das unorthographisch gedruckte Wort "betreffenden" und zugleich 2) auf derselben Seite die Unterschrift des Direktors "Chriss" in auffallend unleserlicher Form enthält. Außerdem sind noch als unschöpfer Zeichen der Fälschung zu betrachten, wenn auf der dieselbe Unterschrift tragenden Note eine niedrigere laufende Nummer als Nr. 100,000 oder eine nicht mit "0" oder "5" endende Folienziffer vorkommt.

Graudenz, 18. Febr. [Kreistag.] In der Sitzung des Strasburger Kreistags am 7. d. wurde der jüdische Rittergutsbesitzer, Kaufmann Abraham Lachmann, Besitzer des Ritterguts Bucz, als Kreistagsmitglied eingeführt.

Köln, 19. Februar. [Hirtenbrief.] Der Kardinal-Erzbischof v. Geissel hat unter dem 2. Februar einen Hirtenbrief an seine Diözese erlassen, in welchem er ihnen die Lage der katholischen Kirche und die gegenwärtigen Bedrängnisse des päpstlichen Stuhles schildert. Ferner wird in dem Hirtenbrief der Zusammentritt eines Provinzialkonzils verkündet und außerdem die Fastenordnung für 1860 gegeben. Das Konzil soll am 29. April im Dom eröffnet werden.

Schläwe, 19. Februar. [Falschmünzer.] Man kam vor einigen Tagen durch Zufall mehreren Falschmünzen auf die Spur. Es sind dies 5 Husaren, größtentheils Unteroffiziere der dort in Garnison liegenden Schwadron. Sie beschäftigten sich schon seit geraumer Zeit damit, falsche Thaler, Achtgroschen- und Biergroschenstücke zu machen, welche den echten täuschend ähnlich sind, nur fehlte bei den Thalerstücken die Randchrift. Alle 5 Husaren wurden nach der Entdeckung sofort verhaftet. Nachdem, was man vorläufig darüber erfahren hat, sind von einem der Beteiligten schon gegen 300 Thlr. in gute Münze umgesetzt und in die Heimat geschickt worden. (Pomm. 3.)

Stralsund, 18. Febr. [Postraub.] Nach einer Bekanntmachung der Staatsanwaltschaft ist am 14. d. Abends die Barth-Löbnitzer Personenpost unweit Löbnitz beraubt worden. Der Thäter hat nur die Geldbriefe genommen, muß also mit den Einrichtungen und Gewohnheiten bei Verpackung von Geldsendungen auf der Post vertraut gewesen sein. Nach den vorliegenden Berichten kann die Summe des entwendeten Geldes gegen 360 Thlr. betragen haben.

Trier, 18. Febr. [Falschmünzer.] Dem Vernehmen nach ist gestern hier eine jugendliche Falschmünzerbande, bestehend aus 7—8 jungen hiesigen Leuten im Alter von 16—20 Jahren, entdeckt und sammt Werkzeug und mehreren schön gefertigten harten Thalern sofort aufgehoben worden. Hoffentlich wird sich die Sache am Ende doch als ein leichtsinniger Jugendstreich herausstellen.

Österreich. Wien, 18. Februar. [Die Adelspartei.] Wenn die österreichische Presse das Projekt einer Adelszeitung durchschnittlich mit einer gewissen Pestigkeit und jedenfalls ohne das mindeste Wohlwollen spricht, so hat das seinen Grund sicher nicht in Rücksicht einer ordinären Konkurrenz, sondern in der vielleicht zur Zeit noch bloß instinktmäßigen Besorgniß, daß eine Richtung und eine Partei Terrain gewinnen könnte, welche seither, trotz ihrer sehr bedeutenden materiellen Mittel und ihres durch die früheren Verhältnisse gegebenen Einflusses, sich an der Neugestaltung des Staates fast lediglich passiv beteiligt hat, und welche allerdings ein solches Terrain nur auf Kosten eines großen Theiles der Errungenschaften der letzten 12 Jahre zu erobern im Stande sein würde. Es mag dahin gestellt bleiben, ob diese Besorgniß in Österreich in dem Maße begründet ist, als anderswo, wo die Feudalpartei einen Kampf auf Tod und Leben für ihre "alten und bestätigten" Interessen geführt hat und noch führt, aber daß es sich möglich regt in unserm Adel und zwar gerade in dem hohen und höchsten Adel, ist keine Frage und wir betrachten es fürs Erste unbedingt als ein günstiges Zeichen, daß unsere Fürsten und Grafen jetzt offenen Bissirs in die Schranken erscheinen, den Harnisch ihrer alten Vergamente verschmähend und gleich gegen gleich nur mit den Waffen des Geistes kämpfend. Es ist schon jetzt sicher, daß sich um das Banner, welches vor Kurzem in dem bekannten Programm Graf Clam erhoben, nur ein verhältnismäßig kleiner, wenn auch immerhin sehr einflußreicher Theil des Adels schaft, überwiegend wahrscheinlich nur der böhmische Adel, welchem der Graf speziell angehört und auf welchen er auch durch weitverzweigte persönliche und verwandtschaftliche Beziehungen sehr großen Einfluß übt. Ein anderer, dieser Fraktion an Einfluß nicht nachstehender Bruchtheil des Adels, hat sich bereits mehr oder weniger offen gegen jenes Programm aufgelehnt, und es fehlt nur ein Führer, um den Bruch innerhalb des Adels vollständig und durch die Begründung eines zweiten Organs, welches den Accent nicht sowohl auf den Adel, als auf den großen Grundbesitz legt, auch öffentlich zu machen, zumal die Fraktion des Grafen Clam auch eine speziell katholische Farbung hat. Schon die Elemente, welche das Clam'sche Programm unterzeichnet haben, sind nichts weniger als homogen, und namentlich der Graf Belgradt gehört oder gehörte doch noch vor Kurzem einer so freien und vorgesetzten Richtung an, daß sie mit dem Inhalt jenes Programms als unvereinbar erscheinen muß. (N. 3.)

[Die savoyische Frage.] Die "Dest. Ztg." sagt in einem Briefe aus Paris: Mit aller Energie werde von Seiten Englands darauf hingearbeitet, den Kaiser Napoleon zu einer Verzichtleistung auf Savoyen und Nizza zu bewegen und für die Unterstützung der sardinisch-englischen Pläne in Italien, auch ohne eventuellen Ländereverlust für Frankreich, zu gewinnen. Wenn das

Inserate
(4 Sgr. für die fünfgeschwerte Seite oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

gelinge, glaube man in London mit Sicherheit den Handelsvertrag durchs Parlament bringen zu können. Geschehe dies aber nicht, so sei der Bestand des britischen Kabinetts in Frage, und mit ihm wohl auch die französisch-englische Allianz. Mächtige Einflüsse machen sich indessen geltend, um den Kaiser zu jener Konzession an England, d. i. zum Aufgeben seiner savoyischen Pläne, zu bewegen. Besonders solle es der französische Gesandte in London, Graf Verigny, sein, der in allen seinen Berichten nach dieser Seite hindeutet und eine Verzichtleistung auf Nizza und Savoyen in bindender Weise als die Bedingung des Fortbestandes der englischen Allianz, ja, noch mehr, als die Lebensbedingung der gegenwärtigen Ordnung der Dinge in Frankreich hinstelle.

[Tagesnotizen.] Bekanntlich brachten die Blätter vor einigen Tagen die Nachricht, daß der verstorbene Gonfaloniere von Ferrara, Camerini, dem Kaiser von Österreich eine Erbschaft vermaßt habe. Der "Volksfreund", in solchen Dingen gut unterrichtet, führt diese weit verbreitete Sage auf ihr richtiges Maß zurück. Es meldet: Der verstorbene Camerini in Ferrara hat nicht 60 Mill. Franks, sondern 3 Millionen Scudi; also ungefähr das Viertel dieser Summe hinterlassen und der Propaganda in Rom vermaßt. Das Vermächtnis hat er in seinem letzten Willen dem besonderen Schutz des Kaisers von Österreich empfohlen, indem er diesen ersucht, als Testamentsvollstrecker einzutreten. — Der Vertrieb von ausländischen Anleihen lohnen, wenn das Anlehen nicht von einer auswärtigen Staatsregierung selbst ausgegeben worden ist, oder nicht auf einer von einem auswärtigen Staate gegebenen Garantie beruht, ist in der ganzen Monarchie verboten, es mag bei dem Unternehmen laut des Spielplanes der Einzel verloren gehen oder nicht. — Man hält in Pressburg für die Gründungsfonds der Akademie einen Ball, sowie eine musikalisch-deklamatorische Akademie projektiert. Beides mußte jedoch unterbleiben. Die Ursache davon liegt, dem "Wand," auf, in einem Gouvernements-Erlaß, der alle derlei Sammlungen und Bälle für diesen Zweck unterläßt. Der Statthalterevizepräsident Heinrich Reichsgraf von Alvensleben verteidigt sich nachträglich selbst auf telegraphischem Wege bei dem Erzherzog Albrecht, damit wenigstens der Ball stattfinden dürfe, worauf der Erzherzog-Gouverneur logisch erwiderte, "daß er den loyalen Pressburgern ganz gewiß Vergnügen nicht versprechen würde, allein er könne einen bereits hinausgegebenen Gouvernements-Erlaß nicht wieder zurücknehmen." — Der "Wanderer" kann aus ganz zuverlässiger Quelle mittheilen, daß alle heimührenden Gerüchte über die Auflösung der Jagellontischen Universität in Krakau rein aus der Lust gegriffen waren. — Wie die hiesige Polizei zuweilen heikelig bei geringfügigen Anlässen ist, beweist der Umstand, daß gestern spät am Abend den hiesigen Redaktionen unterlaßt wurde, die Notiz aufzunehmen, daß der Partei Fastnachtsohne "Solferino" heißt. — Wegen einer Schuld vom 18. J. 79 Ukr. wird am 10. März in der Gemeinde Hornstein im Eisenburger Komitate ein Hans litzando verkauft.

[Ruhlands Haltung.] Die Mission des Prinzen Alexander von Hessen ist hinausgehoben, weil eine vorgängige Rückfrage hinsichtlich der Opportunität einer solchen Sendung bei dem Petersburger Hof nötig erschienen war. Aus dem inmittelst erfolgten offiziösen Dementi kann man entnehmen, welche Antwort auf die Rückfrage geworden ist. Der russische Hof scheint demnach noch nicht geneigt, Österreich aus der isolirten Lage, in der es sich befindet, herauszuholen. Wenn die Wendung der napoleonischen Politik, und namentlich die Wiederannäherung Frankreichs an England, Russland in eine den Plänen Napoleons widerstrebende Haltung gedrängt haben, so ist man darum in Petersburg keineswegs freundlicher gegen Österreich gesinnt und von einer Verständigung über gemeinsame Aktion gegen Frankreich noch weit entfernt. Ich glaube überhaupt versichern zu dürfen, daß die Verstimmung, die in Petersburg allerdings gegen Frankreich herrscht, noch nicht den Grad erreicht hat, um von Russland ein aktives Eintreten zur Zeit erwarten zu lassen. Bin ich, wie ich glaube, gut unterrichtet, so ist man auch in Berlin hierüber neuerdings ins Klare gesetzt worden. Das Petersburger Kabinett hat bislang noch jede ihm angesetzte Beteiligung an Aktionen, die zu Gunsten oder zu Ungunsten der neuesten Politik Napoleons III. gedeutet werden könnten, abgelehnt. (B. 3.)

Pesth, 14. Febr. [Tabakssbau.] Ein hier erscheinendes Wochenblatt, die "Politikai Ujdonsgal", bringt über die eben begonnene heurige Tabaks-Gießung mit den detailliertesten Ziffern belegte Angaben aus Békés-Csaba. Danach nimmt die Regierung, welche als einzige möglicher Käufer die Preise allein feststellt, heuer den Pflanzern ihren Tabak zu 6 Fl. bis 6 Fl. 50 Kr. per Centner ab. Es werden aber im besten Falle auf einem Grundstück von 5 Joch, das seinen Pflanzern beansprucht, 30 Centner erzielt, die nach der Berechnung des Pflanzers aus Békés-Csaba 207 Fl. 50 Kr. Produktionskosten erheben, d. h. an Baarauslagen und nicht gerechnet die Zeit und Mühe des Pflanzers. Da er für diese 30 Centner (à 6 Fl. — 6 Fl. 50 Kr.) von der Regierung nur 187 Fl. 50 Kr. erhält, so verliert er 20 Fl., seine Mühe und Zeit unzurechnet. Die Regierung zahlt überdies, wenn sie zahlt, nur in sehr langen Terminen und in Banknoten, die heute wieder 30—35 Proz. verlieren.

Hannover, 18. Febr. [Beschwerden der Stadt.] Die hauptstädtischen Kollegen des Magistrats und der Bürgervorsteher haben jetzt ihren Syndikus beauftragt, die Beschwerden über notorische Verfassungsverleumdungen aufzuschreiben, welche die Stadt durch die neueste Polizeiordnung erlitten hat und wegen deren sie bei den Ständen Hilfe suchen will. Von so großer Kränkung ihrer Rechte überzeugt, müßten gleichwohl die Kollegen darein willigen,

dass die Stadtkasse künftig 6000 Thaler, statt der bisherigen 2000, zu den Kosten der königlichen Polizeiverwaltung beitrage; sie thäten das aber nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß damit die neue Polizeiordnung nicht als zu Recht bestehend anerkannt werde. (Pr. 3.)

Württemberg. Stuttgart, 18. Febr. [Beschlagnahme.] Die Nummer des „Beobachters“ vom 15. d. wurde von der Polizei mit Beschlag belegt, wegen eines aus dem „Grenzboten“ übernommenen Artikels über „württembergische Zustände“.

Baden. Karlsruhe, 18. Februar. [Antrag auf Zivilrecht.] Der Professor v. Mohl zeigt an, er werde in der nächsten Sitzung der Ersten Kammer den Antrag stellen, in einer gemeinschaftlichen Adresse an den Großherzog die Bitte zu richten, es möge noch in dieser Sitzungsperiode ein Gesetzentwurf über Eingehung einer facultativen Zivilehe vorgelegt werden.

Mecklenburg. Schwerin, 19. Februar. [Antrag auf Verfassung.] Nach Erledigung der laufenden Geschäfte nahm der Landtagsabgeordnete Demmler im Bürgerausschusse das Wort zur Motivierung eines an den Magistrat zu richtenden Antrags zu dem Zwecke, um in einer Vorstellung an den Großherzog dem Fürsten die früheren Verheizungen wegen Einführung einer konstitutionellen Repräsentativverfassung ins Gedächtnis zu rufen. Der Großherzog soll daran erinnert werden, daß er, als die Entscheidung der Kommission über die von der Ritterschaft bestrittene Rechts Gültigkeit der Verfassung von 1848 eingeholt wurde, eine durch das Gesamtministerium kontrahierte Verordnung erließ, in welcher ausgedrochen wurde: „Wie auch die Rechtsprüche ausfallen möchten, so würde an dem durch die Proklamation vom 23. März 1848 betretenen Wege festgehalten werden.“ Nach weiteren, das Bedürfnis und die Rechtmäßigkeit einer Veränderung in der Landesvertretung bezweckenden Ausführungen wird dann der Bürgerausschus aufgefordert, den Magistrat zu schreiben bei dem Ministerium, eventuell bei dem Landesherrn selbst Beifall Herbeiführung der wiederholte verheißenen Verfassungsreform zu veranlassen. Dieser sofort im Ausschus und in der ganzen Bürgerschaft mit allgemeiner Zustimmung aufgenommene Antrag wird in der nächsten Bürgerausschus-Sitzung diskutiert werden, an seiner Annahme ist nicht zu zweifeln; und eben so wenig ist zu bezweifeln, daß derselbe in allen Städten des Landes Nachhall und Anklang finden wird. (B.H.)

Sächs. Herzogth. Coburg, 19. Febr. [Gesetzpublikationen.] Am 11. d. sind die beiden Gesetze in Betreff der Aufhebung der Beschränkung des vertragsmäßigen Zinsfußes und bezüglich der Aufhebung des Anastasiischen Gesetzes zur Publikation gelangt. Nach dem ersten sind die bestehenden Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes aufgehoben, und es bleibt, wenn die Zahlung eines Kapitals verzögert wird, dann, wenn ein höherer als der für Verzugszinsen bestehende Zinsfuß bedungen war, dieser höhere Zinsfuß auch für die Verzugszinsen maßgebend. Die privatrechtlichen Bestimmungen in Ansehung der Zinsen von Zinsen, so wie der den Betrag des Kapitals übersteigenden rückständigen Zinsen und die für Privateinstitute rücksichtlich des Zinsfußes gegebenen Vorschriften erleiden durch obiges Gesetz keine Änderungen. Nach dem zweiten oben erwähnten Gesetz kann der Besitzer die Zahlung des vollen Betrags der ihm zedirten Schuldforderung verlangen, auch wenn dieser Betrag die von ihm für die abgetretene Forderung gezahlte Summe übersteigt.

Schwarzburg. Sonderhausen, 19. Febr. [Disziplinarvorrichten.] Das Ministerium Elsner ist auf dem eingeschlagenen reaktionären Wege wieder um einen Schritt weiter gekommen. Das neueste Gesetzblatt verkündet nämlich einen Nachtrag zu dem Gesetze über den Staatsdienst, durch welchen die bisher den öffentlichen Dienern zugestandene Provokation auf richterliche Entscheidung gegen einen vom Ministerium gesuchten Dienstentlassungsbeschluss aufgehoben und die strengen Disziplinarvorrichten selbst auf Rechtsanwälte und Gemeindebeamten erstreckt werden.

Großbritannien und Irland.

London, 17. Febr. [Parlament.] In der gestrigen Oberhaus-Sitzung beantragte Earl of Airlie Vorlegung aller Korrespondenzen zwischen der Regierung und ihren Bevollmächtigten in Paris über die Negociation des Handelsvertrages mit Frankreich. Sein Zweck sei, Aufschluß über die Tragweite des 11. Artikels des Vertrages zu erlangen, der die Kohlenausfuhr betrifft. Wenn die Regierung sich des Rechts begebe, einen Ausfuhrzoll einzuführen, so würde England, besonders im Fall eines Krieges, den Vortheil im Seewesen einzubüßen, den es seinem Kohlenreichtum verdankt. Lord Wodehouse erinnert, daß ja im Fall eines Krieges mit Frankreich der 11. Artikel samt dem ganzen Vertrage erlischen würde. Der Herzog v. Argyll sagt, die Gegner des 11. Artikels seien eigentlich Gegner des ganzen Vertrages, die ihre Antipathie nicht offen gestehen wollten. Lord Granville wiederholt die vom Herzog v. Somerset und Lord Wodehouse gebrauchten Argumente, und ist der Meinung, daß um die Kohlenausfuhr zu kontrollieren. Der Antrag wird schließlich genehmigt.

In der Unterhaus-Sitzung erklärt Lord J. Russell in Betreff der amerikanischen Küstenschiffahrt, daß die Regierung ein Gutachten ihrer Kronadvokaten verlangt habe; demselben folge sei die Schiffahrt von New York nach Kalifornien allerdings Küstenschiffahrt zu nennen, und die amerikanische Regierung behauptete, daß die amerikanische Verfassung ihr nicht erlaube, fremden Schiffen diesen Verkehr zu eröffnen. Neben die Auslegung ihrer Verfassung könne man nicht mit den Amerikanern streiten, aber die Regierung sei der Ansicht, daß der Verkehr über die Landenge von Panama in keinem Sinne des Wortes Küstenschiffahrt zu nennen sei, und um diesen für britische Kaufleute zu erlangen, sei sie noch in Unterhandlung begriffen. Bezug auf die Navigationsalte habe Amerika voll Gegenleistung gemacht, aber nicht so in Bezug auf die von England im Jahre 1854 freigegebene Küstenschiffahrt. Sir R. Peel verlangt Auskunft über die Unterhandlungen wegen der savoyischen Frage und wünscht zu wissen, ob England, im Falle einer Einverleibung, die von Großbritannien in Gemeinschaft mit anderen europäischen Mächten garantierte Neutralität der Schweiz im Stich lassen würde. Lord J. Russell: Wir haben bei der sardinischen Regierung angefragt, ob ein Uebereinkommen, oder eine Absicht, Savoyen abzutreten, vorhanden sei, und die Antwort lautete, daß kein Engagement und keine Absicht der Art existiere. Dieses war im Allgemeinen der Stand der sardinischen Erwiderung. Wir haben die Meinung anderer Mächte nicht zur Kenntnis der französischen Regierung gebracht, weil wir mit anderen Mächten über ihre Meinung keine Rücksprache gepflogen haben. Was die andere, auf die Gewährleistung der Neutralität der Schweiz bezügliche Frage des ehemaligen Barons betrifft, so hat die Regierung der Schweiz sich an uns gewandt, um zu erfahren, ob wir im Falle einer solchen Einverleibung bereit wären, die Neutralität der Schweiz aufrecht zu halten und sie vor Schaden zu bewahren, und wir antworteten immer, daß wir dieses zu thun beschlossen haben. Es ist ersichtlich, daß die Bezirke von Chablais und Saugny ganz besonders in derselben Weise, wie die Schweiz, durch den Wiener Vertrag gewährleistet sind, daß sie in der That zu dem ganzen Abkommen über die Garantirung der Schweiz gehören. Über die sardinische Regierung sagt, und sehr wahr, daß kaum eine entsprechende Garantie vorhanden wäre, wenn diese Landstriche zu Frankreich anstatt zu Sardinien gehörten, und es ist demnach ihre Ansicht, daß

im Falle der Einverleibung mindestens jene, wenn nicht noch andere Bezirke zur Schweiz geschlagen und in die derselben gewährleistete Neutralität mit aufgenommen werden sollten. Ich erhielt Versicherungen aus Bern, wonach die schweizer Regierung wünscht, daß Alles beim Alten und daß Savoyen ein Bestandteil Sardiniens bleibe. So weit es auf die Schweiz und Sardinien ankommt, ist kein Einverleibungswunsch und keine Einverleibungsabsicht vorhanden. Septimus Fitzgerald: Hat der edle Lord aus Turin gehört, daß von Seiten des Kaisers der Franzosen an die sardinische Regierung eine Mitteilung ergangen ist des Inhalts, daß im Falle der Einverleibung Mitteltaiens in das sardinische Königreich, Frankreich die französischen Abhänge der Alpen nicht im Besitz einer Macht lassen könnte, deren europäische Stellung durch jene Gebietserweiterung so wesentlich verändert wäre? Lord J. Russell: Ich habe keine Mitteilung dieses Wortlautes aus Turin empfangen; aber es ist meines Wissens der Regierung in Turin sicherlich bedeutet worden, daß im Falle einer ansehnlichen Vergrößerung des sardinischen Gebietes Frankreich seine Grenze ohne Einverleibung wenigstens eines Theiles von Savoyen für nicht gesichert halten würde. Lord R. Montagu fragt, ob Ihrer Majestät Regierung eine Mitteilung von der neapolitanischen Regierung empfangen habe mit der Beschwerde, daß Agenten der sardinischen Regierung eine Meuterer unter den Truppen des Königs von Neapel zu stützen versucht hätten. Lord J. Russell: Wir haben keine Information der erwähnten Art erhalten, und die Regierung der beiden Sizilien hat keine Beschwerde dieser Art erhoben. Zugleich muß ich dem edlen Lord bemerken, daß die genannte Regierung nicht wenig Neigung hat, Beschwerden zu erheben. Vor nicht langer Zeit erhielt ich eine Mitteilung, daß ein englischer Marineoffizier, der einer Dame in Neapel einen Besuch zu ihrem Geburtstage abstattete, unterwegs in einem Zuckerbäckladen trat und für sie einen Kuchen kaufte, auf welchem drei verschiffarbige Fahnen eingekreist waren. Die Regierung der beiden Sizilien beschwerte sich hierüber, als einen Verlust, Aufstand zu erregen. Williams beantragt einen Ausweis über die Anwendung der Peitschenstrafe in der Armee und Flotte; nicht nur über die Zahl der ausgetheilten Hiebe, die in den letzten Jahren bedeutend gestiegen sei, sondern auch über die kommandirenden Offiziere, unter denen die Strafe verhängt worden. Er dringt in sehr energetischer Rede auf Abschaffung der körperlichen Züchtigung. Roebuck, Alderman Salmons, Burton und andere Mitglieder äußern sich in demselben Sinne. Ober North, Lord G. Paget und S. Herbert halten die Abschaffung für unmöglich; man könne den Gebrauch der Peitsche nur einschränken. G. James will den Antrag unterstützen, wenn Williams die Namen der betreffenden Kriegsschiffe und Offiziere weglassen will. Williams besteht auf vollständigen Ausweisen. In Folge davon wird die Motion mit 124 gegen 46 Stimmen verworfen.

London, 18. Febr. [Parlament.] Die gestrige Oberhaus-Sitzung ist schon telegraphisch in Nr. 42 mitgetheilt. Der ausführlichere Bericht enthält nichts wesentlich Neues. Im Unterhause zieht Ducane an, er werde am Montag den Antrag stellen, daß das Haus, die Nothwendigkeit anerkennend, die Geldmittel für die gestiegenen Ausgaben des bevorstehenden Finanzjahrs zu beschaffen, es nicht für ratsam hält, das vorhandene Defizit durch Verminderung der gewöhnlichen Einkünfte zu vermehren, und nicht gesondert ist, die gerechten Erwartungen des Landes, durch eine bedeutende Erhöhung der Einkommensteuer zu räumen.“ Eine Frage kommt hinzu: „Für Sie, Sire, und für Ihre Dynastie beklagen wir die in diesem Augenblick herrschende Ungewissheit, die auf die Dauer alle aufrichtigen Katholiken Ihnen entfremden würde“, schließt die Bemerkung hinzugefügt: „Die einzige Antwort, welche die Unterzeichner dieser Adresse erhalten haben, ist die Unterdrückung des „Univers“ gewesen, ihre Ungewissheit hatte damit ein Ende.“ Hierauf hatte nun Billault, wie er im Berichte sagt, dem Kaiser nicht vorschlagen wollen, zu prüfen, in wie weit diese in Aussicht gestellte Entfernung oder Trennung (separation) sich mit dem Ende der Treue vertrage, welchen die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers geleistet hätten; Se. Majestät könne sicher darauf rechnen, daß, wenn das Volk, in dessen Namen jene Deputirten sprechen, befürchtet würde, dieses sich von jenen und nicht vom Kaiser trennen würde. Dem genannten Journal aber gebührt eine Strafe; denn in einer Frage, wo Ihre Absichten und Thaten so leidenschaftlich verkannt und vom Parteigegnern verleumdet werden, wo man hartnäckig alles zu vergessen sucht, was Sie seit zehn Jahren zum Schutz der Religion in Frankreich und Rom gethan haben, wo man, absichtlich das Geistliche mit dem Weltlichen, das Dogma mit der Politik vermengend, vor den Augen schlichter (simples) Leute weise Rathschläge als eine Veraubung, das unermüdlichste Wohlwollen als Heuchelei darstellt, muß die Langmuß, welche Ihre Regierung gegen so viele ungerechte und leidenschaftliche Angriffe bewiesen hat, eine Grenze haben. Unmöglich zu dulden ist, daß man im Schoße dieses so frommen und zugleich dem Kaiser so ergebenen Bretonenvolkes offen und gleichsam amtlich innere Zwietracht fört, seinen Glauben zu missbrauchen und ihn als einen Feind der weltlichen Herrschaft des heiligen Vaters, ja, fast als einen Feind des heiligen Vaters selbst den Fürsten darzustellen sucht, der dem Papste Rom wiedergegeben hat und nicht aufhort, ihn daselbst zu beschützen. Also, laut Dekret vom 17. Febr. 1852: die „Bretagne“ wird unterdrückt. Diese Unterdrückung hat hier ziemliches Aussehen, sogar auf der Börse einzigen Eindruck hervorgerufen. Das Petitionrecht, welches durch den Grafen d’Haussoullie zu einer vrenzenden Kontraverse geworden ist, wird dadurch in sehr enge Grenzen gebannt, wenn selbst die einfache Veröffentlichung einer von Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers unterzeichneten Petition im Stande ist, ein Blatt vom Leben zum Tode zu befördern. Die in dem Antrage des Ministers in nicht besonders schmeichelhafter Weise angeführten drei Unterzeichner der für das Blatt von Saint Brieuc so verhängnisvollen Petition sind die drei Deputirten: Keller vom Oberhain, Cuverville aus dem Departement der Côte du Nord und Baron Lemerrier aus dem Departement der Charente.

Paris, 17. Febr. [Thouvenel's Depêche an den französischen Gesandten in Rom.] Der „Moniteur“ veröffentlicht heute die (von uns telegraphisch in Nr. 41 kurz mitgetheilte) Depêche, welche der Minister des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Rom, Herzog von Grammont, unter 12. d. M. gerichtet hat. Diese lautet: Herr Herzog! Ich habe Sie von dem Eindruck in Kenntniß gezeigt, den die Encyclica des heiligen Paters nicht verhöhlt, welches wir darüber empfinden haben. Ich glaube hente das Befürworten der Encyclica des heiligen Paters nicht, und habe Ihnen das aufrichtige Bedauern nicht verhöhlt, welches wir darüber empfinden haben. Ich glaube hente das Befürworten der Encyclica des heiligen Paters unter 8. d. M. gerichtet habe, indem ich mit Ihnen die Thalassophore darzuthun, um festzustellen, wo das Unrecht liegt, und wem die Verantwortlichkeit zufällt. Wie sind die Dinge dahin gekommen, wo wir sie jetzt sehen? Ist es nur der letzte Krieg, von dem sich der Stand der Dinge in diesem Lande herleiten läßt? Es würde mir Überwindung kosten, mich über Details zu verbreiten, die jedem obsothen die Encyclica uns das Recht gegeben, an die Vergangenheit zu erinnern und, die Großenmächte es seit 1831 gehabt haben, über die in den Legationen angewandte Politik zu richten, so werde ich mich doch enthalten, mich auf diesen Boden zu stellen. Ich werde mich einfach auf die Bemerkung beschränken, daß von dem Tage, wo die Deutreicher sich zurückzogen, die Ereignisse, welche nach ihrem Abmarsche eintraten, sicher und unvermeidlich in keiner Hinsicht Ursache haben würden, uns vorzuwerfen, daß wir es in Feindseligkeiten war die Neutralität des heiligen Stuhls proklamirt und von den Kriegsführern anerkannt worden. Letztere führen fort, die Stellung zu befestigen, als deren Wächter der Krieg sie gefunden. Sie verzichteten darauf, sich darin so zu befestigen, um sich von da aus gegenjetzt schwächen zu können. Sie schienen, mit einem Wort, von diesem Gedanken durchdrungen, daß über ihrem vorübergehenden Zufluchtsort ein höheres Interesse stehe, das beiden gleich thuer sei: die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Staaten des heiligen Paters. Die Garnisonen von Ferrara, Comacchio, Bologna und Ancona konnten in voller Sicherheit über die Erhaltung der Ruhe in den Legationen und Marken wachen (!), während die französische Garnison darüber in Rom wachte. Es gehört mir nicht, über die ganz gewiß in den Augen Deutschlands gebietserischen Umstände ein Urteil zu fällen, welche eben Desstreit bestimmt haben, seine Aufgabe nicht weiter zu erfüllen; aber ich habe das Recht, daran zu erinnern, daß Frankreich seiner Aufgabe treu geblieben ist. Als die österreichischen Truppen sich entfernt hatten, hat die Bevölkerung von den Umständen Angen gezogen, sie brauchte durch keine besondere Aufhebung dazu gezwungen zu werden, und man kann sagen, daß sie sich noch eher unabhängig fand, als sie etwas dazu gehabt hätte. Das ist das Geheimnis des Aufstands der Romagna. Dieser Aufstand würde Frankreich nicht zur Last gefallen, wenn begründet können, welche der Kaiser beim Beginne des Krieges über seine Sympathie und seinen guten Willen dem Papste Pius IX. gegeben hat. Aber mußte der Kaiser nicht die neuen Ereignisse, welche ganz gegen seine Wünsche eingetreten waren, in Erwägung ziehen? Indem der Kaiser, wie er es mußte, den Schwierigkeiten der Lage ins Gesicht sah und gleichwohl dafür hielt, daß er in Villafranca geschlossene Friede alle die Konsequenzen, welche er davon erwartete, nach sich ziehen könne, wenn der römische Hof seine Bemühungen unterwarf, wandte er sich von Desenzano aus am 14. Juli an den Papst, um denselben die Bedingungen mitzuteilen: „In dieser neuen Ordnung der Dinge“ (sagte der Kaiser hinzufügung) „sann Ew. Heiligkeit den größten Einfluß ausüben und für die Zukunft jede Ursache von Unruhen beseitigen. Möge Ew. Heiligkeit zu stimmen oder lieber aus eigener Entscheidung geruhen, den Legationen“

[Thouvenel's Rundschreiben] zur Erwiderung auf die päpstliche Encyclica wird von den liberalen englischen Blättern mit großem Beifall kommentirt. Der „Herald“ und „Advertiser“ haben es kalt aufgenommen und fast ignorirt, da sie alle Finger und Kampfe gegen Gladstone brauchen. „Globe“, „Post“, „Daily News“ und „Times“ dagegen sparen sich von der täglichen Budgetpolemik gern ein paar Spalten für Thouvenel ab. „Thouvenel“, sagt die „Times“, „sucht die diplomatischen Agenten Frankreichs über die Gränzen der geistlichen und weltlichen Gerichtsharkeit zu belehren, und liefert ihnen Beweisgründe und Präzedenzfälle, vermittelt deren sich nachweisen lässt, daß dieselben Mächte, deren Begriffe von der päpstlichen Autorität am transzendentallesten sind, da wo ihr eigenes Interesse ins Spiel kam, mit dem Papst eben so schlimm wie mit rein weltlichen Potentaten und vielleicht noch schlimmer umzuspringen pflegen.... Fairwahr, Herr Thouvenel hat historische Präzedenzfälle vorgebracht, die wenn sie Frankreich nicht sehr zur Ehre gereichen, durchaus Desstreit sprechen.“

Frankreich.

Paris, 16. Febr. [Unterdrückung der Bretagne.] Das zu St. Brieuc erscheinende Journal „La Bretagne“ ist durch kaiserliches Dekret vom gestrigen Tage unterdrückt worden. Die Gründe dazu sagt der heute im „Moniteur“ abgedruckte (bereits im telegr. Auszuge in Nr. 41 mitgetheilte) Bericht des Ministers Billault an den Kaiser auseinander. Das genannte Journal hatte nämlich am 11. d. M. gemeldet, daß in dem Augenblicke, wo die unerklärliche Wendung, die in den hohen Regionen der Macht vor sich gegangen, Schrecken und Bestürzung in alle katholischen Herzogen geblieben habe, mehrere bis jetzt der kaiserlichen Dynastie und der kaiserlichen Politik aufrichtigst ergebene Deputirte freiwillig aus den entferntesten Punkten Frankreichs sich zusammengesunden und über die Mittel, die Wahrheit bis zum Throne durchdringen zu lassen, sich berathen haen.“ Als Resultat dieser Berathung hatte dann das genannte Journal in der Form einer von drei Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers unterzeichneten Adresse eine Art von Protest gegen die von der Kaiserin. Regierung in der römischen Frage befolgte Politik veröffentlicht, und diesem Dokument, welches mit den Worten: „Für Sie, Sire, und für Ihre Dynastie beklagen wir die in diesem Augenblick herrschende Ungewissheit, die auf die Dauer alle aufrichtigen Katholiken Ihnen entfremden würde“, schließt die Bemerkung hinzugefügt: „Die einzige Antwort, welche die Unterzeichner dieser Adresse erhalten haben, ist die Unterdrückung des „Univers“ gewesen, ihre Ungewissheit hatte damit ein Ende.“ Hierauf hatte nun Billault, wie er im Berichte sagt, dem Kaiser nicht vorschlagen wollen, zu prüfen, in wie weit diese in Aussicht gestellte Entfernung oder Trennung (separation) sich mit dem Ende der Treue vertrage, welchen die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers geleistet hätten; Se. Majestät könne sicher darauf rechnen, daß, wenn das Volk, in dessen Namen jene Deputirten sprechen, befürchtet würde, dieses sich von jenen und nicht vom Kaiser trennen würde. Dem genannten Journal aber gebührt eine Strafe; denn in einer Frage, wo Ihre Absichten und Thaten so leidenschaftlich verkannt und vom Parteigegnern verleumdet werden, wo man hartnäckig alles zu vergessen sucht, was Sie seit zehn Jahren zum Schutz der Religion in Frankreich und Rom gethan haben, wo man, absichtlich das Geistliche mit dem Weltlichen, das Dogma mit der Politik vermengend, vor den Augen schlichter (simples) Leute weise Rathschläge als eine Veraubung, das unermüdlichste Wohlwollen als Heuchelei darstellt, muß die Langmuß, welche Ihre Regierung gegen so viele ungerechte und leidenschaftliche Angriffe bewiesen hat, eine Grenze haben. Unmöglich zu dulden ist, daß man im Schoße dieses so frommen und zugleich dem Kaiser so ergebenen Bretonenvolkes offen und gleichsam amtlich innere Zwietracht fört, seinen Glauben zu missbrauchen und ihn als einen Feind der weltlichen Herrschaft des heiligen Vaters, ja, fast als einen Feind des heiligen Vaters selbst den Fürsten darzustellen sucht, der dem Papste Rom wiedergegeben hat und nicht aufhort, ihn daselbst zu beschützen. Also, laut Dekret vom 17. Febr. 1852: die „Bretagne“ wird unterdrückt. Diese Unterdrückung hat hier ziemliches Aussehen, sogar auf der Börse einzigen Eindruck hervorgerufen. Das Petitionrecht, welches durch den Grafen d’Haussoullie zu einer vrenzenden Kontraverse geworden ist, wird dadurch in sehr enge Grenzen gebannt, wenn selbst die einfache Veröffentlichung einer von Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers unterzeichneten Petition im Stande ist, ein Blatt vom Leben zum Tode zu befördern. Die in dem Antrage des Ministers in nicht besonders schmeichelhafter Weise angeführten drei Unterzeichner der für das Blatt von Saint Brieuc so verhängnisvollen Petition sind die drei Deputirten: Keller vom Oberhain, Cuverville aus dem Departement der Côte du Nord und Baron Lemerrier aus dem Departement der Charente.

Paris, 17. Febr. [Thouvenel's Depêche an den französischen Gesandten in Rom.] Der „Moniteur“ veröffentlicht heute die (von uns telegraphisch in Nr. 41 kurz mitgetheilte) Depêche, welche der Minister des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Rom, Herzog von Grammont, unter 12. d. M. gerichtet hat. Diese lautet: Herr Herzog! Ich habe Sie von dem Eindruck in Kenntniß gezeigt, den die Encyclica des heiligen Paters nicht verhöhlt, welches wir darüber empfinden haben. Ich glaube hente das Befürworten der Encyclica des heiligen Paters nicht, und habe Ihnen das aufrichtige Bedauern nicht verhöhlt, welches wir darüber empfinden haben. Ich glaube hente das Befürworten der Encyclica des heiligen Paters unter 8. d. M. gerichtet habe, indem ich mit Ihnen die Thalassophore darzuthun, um festzustellen, wo das Unrecht liegt, und wem die Verantwortlichkeit zufällt. Wie sind die Dinge dahin gekommen, wo wir sie jetzt sehen? Ist es nur der letzte Krieg, von dem sich der Stand der Dinge in diesem Lande herleiten läßt? Es würde mir Überwindung kosten, mich über Details zu verbreiten, die jedem obsothen die Encyclica uns das Recht gegeben, an die Vergangenheit zu erinnern und, die Großenmächte es seit 1831 gehabt haben, über die in den Legationen angewandte Politik zu richten, so werde ich mich doch enthalten, mich auf diesen Boden zu stellen. Ich werde mich einfach auf die Bemerkung beschränken, daß von dem Tage, wo die Deutreicher sich zurückzogen, die Ereignisse, welche nach ihrem Abmarsche eintraten, sicher und unvermeidlich in keiner Hinsicht Ursache haben würden, uns vorzuwerfen, daß wir es in Feindseligkeiten war die Neutralität des heiligen Stuhls proklamirt und von den Kriegsführern anerkannt worden. Letztere führen fort, die Stellung zu befestigen, als deren Wächter der Krieg sie gefunden. Sie verzichteten darauf, sich darin so zu befestigen, um sich von da aus gegenjetzt schwächen zu können. Sie schienen, mit einem Wort, von diesem Gedanken durchdrungen, daß über ihrem vorübergehenden Zufluchtsort ein höheres Interesse stehe, das beiden gleich thuer sei: die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Staaten des heiligen Paters. Die Garnisonen von Ferrara, Comacchio, Bologna und Ancona konnten in voller Sicherheit über die Erhaltung der Ruhe in den Legationen und Marken wachen (!), während die französische Garnison darüber

“eine gesonderte Verwaltung und eine weltliche, von Ew. Heiligkeit erkannte, aber mit einem durch Wahl gebildeten Rath umgebene Regierung zu bewilligen. Widge diese Provinz dem heiligen Stuhle einen festen Hins entrichten, und Ew. Heiligkeit wird die Ruhe Ihrer Staaten sicher gestellt und die fremden Truppen nicht nöthig haben. Ich flehe Ew. Heiligkeit an, auf die Stimme eines der Kirche ergebenen Sohnes zu hören, der die Bedürfnisse seiner Zeit versteht und weiß, daß die Gewalt nicht ausreicht, um die Fragen zu lösen und die Schwierigkeiten zu ebnen. Ich sehe in der Entscheidung Ew. Heiligkeit entweder den Keim einer friedlichen und rubigen Zukunft, oder die Fortsetzung eines gewaltsamen und trübseligen Zustandes.”

Sie wissen, daß diese Vorstellungen nicht angenommen worden sind. Während die Ereignisse in weiterer Folge die Schwierigkeiten vermehrten, beharrte der Hof von Rom dabei, sich in eine Unthärtigkeit einzuschließen, die nur dazu dienten kann, einem Stand der Dinge zu verschlummern, welcher schon nicht mehr mit seiner Autorität ohne Opfer oder Eriß in Uebereinstimmung gesetzt werden kann. So hat man sich alle günstigen Umstände entgehen lassen, die Anhänglichkeit der Legionen wieder dem heiligen Stuhle zu gewinnen. So steht man jetzt vor einer Eventualität, welche der Kaiser vergebens hat beichwören wollen,

der einen Gewandtheit, welche bei Städter vergebens hat bestwanden zu können, und so ist Sr. Majestät veranlaßt worden, an den heiligen Vater den Brief vom 81. Dezember zu richten. Und nun frage ich: waren denn, da die Dinge, an welche ich eben erinnert habe, sich zugetragen hatten, die Rathschläge, welche man zurückwies, wirklich so seltsam? Zum mindesten ist die Aufrichtigkeit der Befürungen, von welchen sie ein gegeben wurden, sicherlich der Genüge erwiesen. Die achtungsvollen Rückfichten, oder besser gesagt: die Ergebnisse, welche die kaiserliche Regierung bei jeder Gelegenheit dem Kirchenoberhaupt gegenüber an den Tag legte, bildet einen der hervorstechenden Züge in der Geschichte der letzten zehn Jahre. Die französische Geistlichkeit weiß, mit welchem Wohlwollen und mit welcher Großartigkeit der Aufschaunungen die kaiserliche Regierung stets die Gelehrte, welche ihre Beziehungen zur römischen Kurie regeln, ausgelichtet hat. Sie weiß, daß auch sie im Kaiserreiche ein wiederherstellende Macht gefunden, und unter dessen schützendem Beistande in der französischen Gesellschaft jenes Einfluß und jenes Ansehen wiedergewonnen hat, die ihr von anderen Regierungen bestritten worden waren. Schon diese blohen Thatsachen würden genügen, um Zeugniß davon abzulegen, von welchen Befürungen die kaiserliche Regierung dem Papstthume gegenüber bestellt war, selbst wenn sie ihm nicht unmittelbare und ununterbrochene Beweise davon gegeben hätte. Wir stellen nicht in Abrede, daß die Besetzung Roms zu der Zeit, wo sie unternommen wurde, ebenjowohl von politischen, wie von religiösen Erwägungen eingegeben war; wer aber kann leugnen, daß die Regierung des Kaisers vor Allem durch eine liebvolle Bejorgniß für die Interessen des heiligen Stuhles dazu bestimmt wurde, ein Jahr nach dem andern fortwährend die durch diese Maßregel Frankreich auferlegten Dräger zu bringen? Wer kann die schonungslosen Rückfichten verkennen, vermöge deren wir die Ungelegenheiten, welche die Besetzung Roms der Sache wie der Form nach der Souveränität des heiligen Vaters betrafen, zu mildern oder selbst zu beseitigen wußten? Wer kann sich das davor verschließen, daß diese Thatsachen in ihrer Gesamtheit Zeugniß von der herzlichsten Absicht und dem ernstesten Willen ablegen, nicht nur die persönliche Stellung des heiligen Vaters zu schwächen, sondern auch wo möglich seinen moralischen Einfluß auszudehnen? Manifestlich mit Ideen dieser Art steht der Beistand in Zusammenhang, welchen die französische Diplomatie dem heiligen Vater in allen Ländern leistet, wo es religiöse Interessen zu verteidigen giebt, und in ihnen auch haben in nicht geringem Maße die in den christlichen und jüdischen Gewässern volltrachten oder begonnenen Expeditionen ihren Grund. Endlich, Herr Herzog, welchen bessern Beweis dieses fortwährenden Beistands kann es geben, als jene Bedingung von Villafranca, krafft deren der Kaiser den heiligen Vater, indem er ihm die Ehrenpräsidentschaft des Bundes übertrug, an die Spitze des wiedergebornenen Italiens stellen wollte!

Man kann aus dieser Auseinandersetzung schließen, wie glücklich die Kaiser-Regierung sich geschäfft hätte, und wie glücklich sie sich noch jetzt schäfen würde, wenn sie unter den obwaltenden Verhältnissen Mittel und Wege finden könnte, die geeignet wären, die Verlegenheiten des heiligen Stuhles zu vermindern. Hier aber ist der gute Wille Frankreichs der Gefahr ausgesetzt, an unübersteiglichen Hindernissen zu scheitern. Es handelt sich in Wahrheit nicht bloß darum, dem Papste die Begationen wiederzugeben, sondern es kommt vielmehr auch darauf an, sie in seinen Händen zu bewahren, ohne eine neue Okkupation auf eine neue Intervention folgen zu lassen. Die Ereignisse haben zur Genüge gezeigt, wie wenig eine solche Maßregel im Stande wäre, dem Uebel abzuholzen. Europa hat sich seine Meinung über diesen Punkt gebildet, und die von den Lehren der Geschichte in den Begationen selbst verurtheilte Okkupation ist ein Auskunfts-mittel, zu welchem seine Zuflucht zu nehmen nur dem eifassen könnte, welcher die Nothwendigkeiten verkennt, deuen sich die Weisheit und Umsicht keiner Re-gierung zu entziehen vermag. Eine solche Politik ist heutzutage nicht zulässig. Weder die monarchische Autorität, noch die Majestät der Kirche würde etwas dabei gewinnen. Religion und Vernunft im Vereine stößen sich vielmehr mit gleicher Energie zurück. Es war also der Augenblick in der That gekommen, sich mit verschiedenen möglichen Auswegen zu beschäftigen, als der Kaiser den Papst auf die Nothwendigkeit davon hinwies. Die klarsten Interessen, die drin-gendsten Erwägungen luden den heiligen Stuhl dazu ein. Die unabdingte Wei-gerung, den wahren Charakter der gegenwärtigen Lage der Dinge anzuerkennen, würde die Lage nur immer mehr verschlimmern und zuletzt eben so unübersteigliche Hindernisse schaffen. Wenn hingegen der heilige Stuhl sich endlich ent-schloße, das religiöse Feld zu verlassen, um das es sich hier in Wahrheit gar nicht handelt, und auf das Gebiet der weltlichen Interessen zurückzufallen, um welche allein sich die Streitfrage dreht, so würde er vielleicht, obgleich sehr spät, seiner Sache eine günstige Wendung geben, jedenfalls aber der Regierung des Kaisers es ermöglichen, einer verjährlichen und verständigen Politik ihren Bei-stand zu leihen. Sie sind ermächtigt, dem Kardinal Antonelli diese Depeche vorzulegen und ihm eine Abschrift derselben zu hinterlassen, falls er den Wunsch ausdrückt. Genehmigen Sie ic.

[Tagesbericht.] Das „Siècle“ meint, es sei doch nicht mehr als billig, daß das Rundschreiben Thouvenel's jetzt eben so wie die päpstliche Encyclica von den Kanzeln verlesen werde. Uebrigens hat ein Pfarrgeistlicher in Paris die Encyclica zwar von der Kanzel herab zu verlesen angefangen, dann aber plötzlich innegehalten und gesagt: „Liebe Brüder, das wird doch etwas zu lang für euch sein; ihr findet es ja doch in allen Zeitungen.“ — Der „Constitutionnel“, der sich in der römischen Frage schon häufig auf Chateaubriand bezogen hat, zitiert heute, um den „Ami de la Religion“ endlich zum Schweigen zu bringen, eine Stelle aus der Vorrede zu den „historischen Studien“ vom Jahre 1826: „Die Freiheit ist Christlich. Das Christenthum wurde im Mittelalter mit strenger Nothwendigkeit politisch. Als die Nationen ihre Rechte verloren hatten, wurde deren Verwalterin die damals allein erleuchtete und mächtige Religion. Heute, wo die Völker ihre Rechte zurücknehmen, wird das Papstthum natürlich sein weltliches Amt niederlegen und auf die Bevormundung seines großjährig gewordenen Mündels verzichten.“ — Dasselbe Blatt giebt seine Freude darüber zu erkennen, daß man es an der Donau, d. h. an der unteren, in der Anwendung des Prinzips der Volksrechte so herrlich weit gebracht hat, und wünscht, daß auch andere Länder, die unter der Suzeränetät des Sultans stehen, dem Beispiel der Moldau und Walachei folgen möchten. — Man verschert mit Bestimmtheit, daß 25,000 Mann nächstens aus der Armee entlassen werden, die man noch länger im Dienste behalten könnte. Mit diesen sehr friedlichen Personalmaßnahmen stimmt jedoch die unausgesetzte Vermehrung des Kriegsmaterials nicht überein. Namentlich kaufst man viele Pferde und Maulesel. Auch in Sardinien werden aufs Neue 2 Millionen für Pferde ausgegeben. — Der Kaiser hat an Genf

ral Goyon ein Schreiben erlassen, worin er diesem seine vollkommenste Zufriedenheit über sein bisheriges Verhalten zu erkennen giebt. — Die dem General Montauban und dem Vizeadmiral Charner für die chinesische Expedition ertheilten Instruktionen sollen vollkommen umgeändert werden. — Das „Univers“ ist heute wieder auferstanden, und zwar unter dem Titel: „Le monde“. Das neue Journal hat die nämliche Redaktion, die nämliche Verwaltung und die nämliche Form, wie das unterdrückte Blatt. Nur

Herr Louis Beuillot fehlt ihm, und die „Monde“ ist eben ohne Beuillot kein „Univers“. — Der neue türkische Botschafter Ahmet Efendi ist heute in Paris angekommen. Der neue amerikanische Gesandte, Herr Faustner, der gestern in Havre landete, verließ heute Nachmittags 2 Uhr diese Stadt und traf heute Abends Uhr in Paris ein.

Paris, 19. Febr. [Bolltarif.] Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht den Bericht des Ministers Rouher über die auf d. Rohstoffe bezügliche Reform des Bolltarifs. Der Minister hält für ratscham, als Zeitpunkt für die Erhöhung der Zölle auf Wolle und Baumwolle den 15. April festzusezen. Der Bericht schläfner eine Modifikation des Tariffs für Farbstoffe und chemische Erzeugnisse vor. Die Ausfuhrprämien für Wolle und Baumwollgarne werden binnen zwei Monaten und die für Gewebe aus d. selben Stoffen binnen drei Monaten aufgehoben.

Belgique

Brüssel, 17. Febr. [Die Bollandisten.] Die Kammerstzung d. 11. d. ist den lärmendsten, aber nicht den erbaulichsten der belgischen Parlaments-Gesichte beizuzählen. Es handelte sich um den Jahres-Kredit von 6000 Frs., den das Budget des Innern den Veröffentlichungen der sogenannten Bollandisten bewilligt. Diese gelehrte Kongregation, die dem Belgischen Bollandus-Erflebung und Namen verdankt, begann zuerst im Jahre 1643 die Herausgabe einer Gesamt-Biographie der Heiligen des katholischen Kalenders unter dem Titel: „Acta Sanctorum.“ Das umfassende Werk wurde mit einer seltenen Aufwände von Gelehrsamkeit und Forschungseifer bis gegen das Ende des verflossenen Jahrhunderts ununterbrochen fortgesetzt; allein schon Kamin der Minister Maria Theresia's, glaubte den gelehrten Verfassern eine größere Mäßigung in der Mittheilung unbedeutender Einzelheiten und eine verständige Benutzung des vorhandenen Materials anempfehlen zu müssen. Unter der Regierung Joseph's II. erklärte sogar eine besonders ernannte Prüfungs-Kommission die damals neu hergestellten Bände für unbrauchbaren Wurst (ratlos) und ungelehrtes Nachwerk. So trat demnach eine Periode der Unterbrechung ein, die erst im Jahre 1837 aufhörte, als dem Antrage des damaligen Ministers Grafen v. Theur zufolge der oben erwähnte alljährliche Kredit von 6000 Frs. zur Fortsetzung des Altha bewilligt wurde. Seitdem, also in einem Zeitraum von 23 Jahren, hat jedoch die gegenwärtig auf vier Mitglieder beschränkte Kongregation nur drei Bände zu Tage gefördert, was immer ist, zeigt diese Fortsetzung mit Hinsicht auf ihren wissenschaftlichen Werth einen bedeutlichen Abstand von den ersten Theilen des Werkes, welche unbedritten ein Monument der Gelehrsamkeit darstellen. In Folge dessen hatten die Herren L. Hymans und Jacquemyns ein Anwendement auf Unterdrückung des obigen Kredites eingebraucht, welches von ersterem in einem mehrfündigen Vortrage begründet wurde. Dr. Dumortier erhob sich dagegen und warf dem Vortrener seine Eigenschaft als Protestant vor und behauptete, er habe der „Religion der Kanone“ ins Gesicht geschlagen; er erlaubte sich sogar, den ihm mehrfach zur Ordnung verweisenden Präsidenten zu überstreichen, um nicht anhören müssen, was dieser zwei oder drei Mal ihm ins Gedächtnis rief: „Die Kammer hält an der Verfassung, welche Glaubensfreiheit gewährt, und die Kammer hat keine Religion!“ Dr. Hymans vertheidigte sich gegen den ihm gemachten Vorwurf mit wenigen ernst gehaltenen Worten. Lauter Beifall folgte sein Rede, nach deren Beendigung die Mitglieder der Linken beglückwünschend ihn umdrängten. Dr. Dumortier behauptete, er habe das nicht gesagt, was man ihm als Schild gere, aber dieses Mal übertraute ihn der Schreiber der Entzettelung seinen Kollegen. Schließlich wurde der fragliche Kredit für 1860 unter dem Vorbehalt bewilligt, daß der Minister im nächsten Jahre den eingehenden Bericht einer gelehrten Kommission über den Werth des Bollandisten-Werkes einzubringen habe. (R. 3.)

Schweig

Bern, 15. Febr. [Manifestation der Savoyarden.] Von den in Genf niedergelassenen Savoyarden, deren Zahl auf 12,000 Seelen beläuft, war letzten Sonntag eine allgemeine Versammlung zur Besprechung der Tagesfrage ausgeschrieben. Alle Redner sprachen den einen Gedanken aus: Wir wollen Savoyarden und dem Hause Savoyen treu ergeben bleiben, lange es uns behält; will es uns aber abtreten, so wollen wir Schweizer sein.

Italien

Turin, 16. Febr. [Pariser Konferenz; Schreiben des Papstes ic.] Meine Hoffnung, die Proklamation Victor Emanuel's an Centralitalien schon heute mittheilen zu können scheitert an der Vertagung der Veröffentlichung dieses Altenstückes und diese Vertagung wird dem angekündigten Zusammentreffen einer Konferenz in Paris zugeschrieben. Ich glaube, daß die Id einer solchen Konferenz noch nicht aufgegeben ist, obgleich der unmittelbaren Verwirklichung vom Norden angeregte Schwierigkeiten entgegenstehen. Hier würde man die Konferenz ungern sehen weil sie die neuen Wahlen in Mittelitalien hinausschieben und das Provisorium verlängern würde. — Man spricht von einem sehr scharfen Schreiben, das der Papst an Victor Emanuel gerichtet hat in Beantwortung auf das bekannte Mundschreiben Favours in der mittelitalienischen Angelegenheit. — Farini schickte den Oberst Frappoli nach Stockholm mit dem Auftrage, dem schwedischen Hofe im Namen Mittelitaliens für die Sympathien zu danken welche er für dieses Land an den Tag gelegt hat. — Die Aufnahmen

des Königs in Mailand ist eine enthusiastische gewesen. (K. 3.)
— Rüstungen; österreichische Umtriebe; Aufruhr an die Seiliane.] Dem „Nord“ wird geschrieben: „Vergangene Überitalien sind die Kriegsrüstungen an der Tagesordnung. In Bologna wird eifrig an den neuen Festungswerken gearbeitet. Bologna wird der feste Zentralplatz aller Bewegungen der Armee. Bei Rimini wird ein verschanztes Lager errichtet. Auf der ganzen Linie sollen Fortifikationen angelegt werden; dagegen sind die Festungsarbeiten bei Lonato unweit von Brescia wieder eingestellt worden. Man fürchtet einen Angriff vom Kirchenstaate aus, durch die österreichischen Armeen in Venetien unterstützt werden könnte.“

durch die österreichische Armee in Venetien unterstützt werden konnte. — Derselbe Korrespondent des „Nord“ weist darauf hin, daß die Mazzinisten und die Anhänger der österreichischen Gewaltherrschaft in Italien jetzt, wie 1849, Hand in Hand gehen, und macht auf den Umstand aufmerksam, daß zwei Schildknappen Mazzini's, die 1849 in Mailand während der kurzen Freiheitsperiode das mazzinistisch-sozialistische „Operajo“ redigirten, und welche sich nach der Schlacht bei Novara als im Solde der österreichischen Regierung stehend, erschienen, gegenwärtig in Venedig ein österreichisches Regierungsbüro redigiren. — Die „Lombardia“ bringt den Wortlaut des telegraphisch erwähnten Aufrufes an die Sicilianer. Geist und Bedeutung dieses Altersstückes sind hinreichend charakterisiert, wenn wir mittholen, daß wiederholt darin, und zwar in Initialen gedruckt,

„Stehet auf!“

Spanien.
Madrid, 15. Febr. [Der Feldzug in Marokko.] Marshall Odonnell betreibt die Vorbereitungen zur Fortsetzung des Krieges lebhaft. In Spanien ist die Stimmung kriegerisch. Die Königin hielt gestern einen Ministerrath; das Ergebnis der Sitzung ist noch nicht bekannt. Die Majestäten sind nach Aranjuez gegangen.

gen. — Laut Briefen aus dem spanischen Lager hat sich die marokkanische Artillerie in der Schlacht am 4. Febr. als sehr unzureichend der spanischen gegenüber gezeigt. Letztere schleuderte mit großer Sicherheit ihre Geschosse in die dichten Feindeshaufen, und es gelang ihr, drei Pulverdepots der Marokkaner zum Aufstiegen zu bringen. Hierdurch ward panischer Schrecken unter den Marokkanern verbreitet. Der Bayonetangriff der spanischen Infanterie auf die marokkanischen Vertheidigungen wird als überaus glänzend geschildert. Bei dem Rufe: Adelante! Vorwärts! bewegten sich die Reihen wie eine ehele Mauer.

Madrid, 17. Febr. [Friedensbedingungen.] General Isturiz ist nach Marokko als Ueberbringer der Friedensbedingungen von Seiten der Königin Isabella zurückgekehrt. Spanien verlangt Abtretung des eroberten Gebiets und Bezahlung der Kriegskosten von Seiten Marokko's. Die Kamarilla ist jedoch so kriegerlustig, daß die „Corresp. aut.“ bereits andeutet, der Krieg mit Marokko werde seinen Fortgang haben; die Friedensbedingungen werden dennoch wohl denselben Charakter wie die Verhandlungen vor dem Kriege haben, von denen die marokkanische Regierung behauptete, die spanische Diplomatie thue, als sei es ihr nicht um Ausgleichung, sondern um Erlangung plausibler Gründe zum Kriege zu thun. Odonnells Gemahlin, die neue Herzogin von Teutuan, ist nach Teutuan abgereist.

Madrid, 17. Febr. [Vom Kriegsschauplatz.] Man versichert, daß bei einem Aussalle aus Melilla die Belagerung 53, Tode, 146 Verwundete und 21 Vermisste gehabt. Die Presse dringt allgemein auf eine energische Politik nach Außen. — Eine andre Depesche vom selben Tage meldet, wie es scheint, über denselben Vorfall: „Der „Gaceta“ zufolge hat die Besatzung von Melilla bei einem Aussalle 200 Stück Vieh erbeutet. Da der Gouverneur der Stadt dem Befehle O'Donnell's, keinen Angriff zu machen, zuwidergehandelt hatte, so ist er seines Postens enthoben worden und wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden.“ Also 200 Stück Vieh erbeutet und 220 Mann verloren!

Rußland und Polen

Petersburg, 12. Febr. [Der preußische Gesandte vom Kaukasus.] Graf Verponcher, der stellvertretende preußische Gesandte, wurde vorgestern vom Großfürsten Thronfolger, vom Großfürsten Michael Nikolajewitsch und dessen Gemahlin empfangen. — So eben sind wieder günstige Nachrichten von Erfolgen eingelaufen, die der unter dem Befehl des General-Brigadiers Philippson stehende rechte Flügel der kaukasischen Armee in letzter Zeit erzielt hat.

Warschau, 16. Febr. [Wissenschaftliches Leben.]
Der „*Wiln. Bote*“ enthält einen sehr ausführlichen Artikel über den Zustand des wissenschaftlichen Lebens in der Metropole des Königreichs Polen. Er führt ein glänzendes Register von berühmten Namen auf, die gegenwärtig in Warschau versammelt sind. Die bedeutendsten literarischen Größen sind: Krassowski, Korsze-nowski, Mazejewski und die berühmte Diotima (Fräulein Jadwiga Luczewska), während als Vertreter der Wissenschaft besonders Männer wie Bartłomiejewicz, Rogalski, Woiciksi, Podgązinski, Baranowski, Prasznowski, Kochanski, Szokalski, Alexandrowicz, Chalubinski, Kriszta u. A. hervorragen. Warschau hat jetzt 16 Zeitschriften, worunter (neben den politischen) mehrere belletristische und reinwissenschaftliche. Es befindet sich unter diesen auch ein deutsches Organ: die neubegründete „Deutsche Warschauer Zeitung“.

Zürfle

Konstantinopel, 4. Februar. [Die Montenegrinet;
Serbien.] Von der montenegrinischen Grenze wird vom 18.
Jan. gemeldet, daß die räuberischen Mordeinsfälle an dieser Grenze
nicht aufhören; daß anderentheils im Innern Montenegro's Danilo
mit Verschwörungen seiner Unterthanen gegen seine Person zu
schaffen hat; er soll zwar die Entdeckten hinrichten lassen, aber seit-
dem noch mehr von der Blutrache der Verwandten ha-
ben. — Serbien dürfte nächstens eine neue Frage für die Türkei
werden. Der alte Fürst dürfte ehestens sterben, und in dem Lande
stehen sich zwei Parteien gegenüber, gerüstet, um gegen einander
loszubrechen; die eine will den Sohn des Fürsten und damit das
Erbrecht durchsetzen und jede Abhängigkeit von der Pforte lösungs-
machen; die andere, von der Pforte unterstützt, will das Gegenthell.
England, Destrich und Preußen, sagt man, seien schon für die Pforte
gemommen. (K. 8.)

Konstantinopel, 7. Febr. [Marschall Depesch].
Kyprisli Pascha soll wieder Großvezier werden und Ethem Pascha
an Fuad Pascha's Stelle treten. — Die Unzufriedenheit in den
Provinzen wächst. — Protestantische Missionare sind ins Innere
abgegangen. — Die türkische Einwanderung dauert ununter-

abgegangen. — Die schwere Grippe hat sich auf der Balkanhalbinsel wieder
brochen fort. — Mit Bestiedigung hat man in Konstantinopel die
Erneuerung der englisch-französischen Allianz bemerkt.
Konstantinopel, 11. Febr. [Trierer Depeschen.] Kiazim Bei, der Lieblingssohn Suad Pascha's, ist gestorben und
der Vater selbst erkrankt. — Der Wechselsatz bessert sich mehr
und mehr.

Belgrad, 10. Febr. [Fürst Michael, Mission nach Italien; Epidemie &c.] Einer Mittheilung des B. P. H. zufolge hätte der Thronfolger Fürst Michael Obrenowitsch das militärische Oberkommando, welches derselbe kraft vorjährigen Skupstschinabeschlusses bekleidete, niedergelegt. Nicht zu beseitigende Unordnungen in diesem Zweige der Verwaltung sollen den Prinzen zu diesem Schritte veranlaßt haben. — Fürst Miloš, berichten die "Srbske Novine", hat den hiesigen Bürger G. Duka Beska zum Adjutanten ernannt, und es verlautet, daß dieser mit einer Mission nach Italien betraut werden soll. — In Konstantinopel geht allgemein die Sage, in Serbien sei die Pest ausgebrochen. Das "Journal de Constantinople" sagt, es herrsche allerdings in der Gegend von Widin eine schwere Epidemie, nennt aber deren Namen nicht. — Aus Belgrad, 17. Febr., wird telegraphirt,

200,000 Gulden Hauptgewinn

der Oestreich'schen Eisenbahn-Loose.

Hauptgewinne des Anleihens sind: 21 mal fl. 250,000, 7 mal fl. 200,000, 103 mal fl. 150,000, 90 mal fl. 40,000, 105 mal fl. 30,000, 9 mal fl. 20,000, 105 mal fl. 15,000, und 2040 Gewinne von fl. 5,000 bis abwärts fl. 1000. — Der geringste Preis, den mindestens jedes Obligationsschein erzielen muß, ist 125 Gulden. — Kein anderes Aulehen bietet so große und viele Gewinne verbunden mit den höchsten Garantien. — Pläne werden Federmann auf Verlangen gratis und franko überwandt, ebenso Ziehungslisten gleich nach derziehung. — Um überhaupt den günstigsten Bedingungen, welche Federmann die Beteiligung ermöglichen, so wie der reelle Behandlung verdient zu sein, beliebe man sich **direct** zu richten an

N.B. Diese Lose haben bei der Gewinn-Auszahlung keinen Abzug zu erleiden. Jede weitere Ausklärung gratis.

200,000 Gulden Hauptgewinn

der Gewinnziehung am 1. April 1860.

Oestreichische Eisenbahn-Loose.

Gewinne: fl. 250,000, 200,000, 150,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1000 etc.

Es diente für Federmann von Interesse sein, den Plan dieser, aufs Grossartigste ausgestatteten Verlosungen kennen zu lernen, es ist derselbe **gratis** zu haben und wird **franco** überschickt.

Loose werden zu dem billigsten Preise geliefert und beliebe man sich **bal-digst direct** zu wenden an das Bank- und Staats-Effektengeschäft

Anton Horix in Frankfurt a. M., Zeil 33.

Hauptdepot der Loose der allgemeinen deutschen National-Lotterie.

Zur gefälligen Beachtung: Für die obige Gewinnziehung haben nur solche Löse Gültigkeit, welche mit zwei Nummern versehen sind (Serie No. und Gewinn No.). — Loose mit nur einer Nummer sind hierzu ungültig.

Friedrichstraße Nr. 19 sind 2 Stuben nebst Entrée vom 1. April c. ab zu vermieten. Nähert beim Wirth.

Breitestraße Nr. 7 ist im zweiten Stock des Vorderhauses eine Wohnung, bestehend aus einem Zimmer, Küche und Küchen türe, vom Mai d. J. ab zu vermieten. Nähert in der Forderhandlung dasselb.

Ein großes und ein kleineres Geschäftsklokal nebst Ladenstuben sind zu vermieten bei **Selig Auerbach**, Friedrichstr. 13.

Wilhelmsstr. 7 im 2. Stock sind 2 Zimmer mit oder ohne Möbel, im Ganzen oder getheilt zu vermieten.

Ein Kommiss für eine Lederhandlung Berlins wird gesucht. Im Auftrage: Aug. Goetsch in Berlin, alte Salzstraße 17.

Ein evangelischer Hauslehrer sucht sofort ein Engagement. Differenzen werden erbeten unter E. Z. ir. **Wollstein**, poste restante.

Ein Landw. 30 J. alt, unverh. der deutsch und polnisch spricht, auf einer landw. Akademie ausgebildet ist, bereits bedeutende Belehrungen selbstständig bewirtschaftet und durch sehr gute Zeugnisse empfohlen wird, sucht zur selbständigen Bewirtschaft eines oder mehrerer Güter Stellung; ges. Adressen an die Exped. dieser Zeitung sub B. 9. erbeten.

Ein verheiratheter, gut empfohlener, mit allen Zweigen der Gartenkunst vertrauter Gärtner, der mehrere Jahre hindurch in fürstlichen Gärten beschäftigt war, und nur wegen unvorhergesehener Verhältnisse diese Stelle aufgegeben musste, sucht bald oder zum 1. April d. J. eine ähnliche Ausstellung.

Zur Behebung etwaiger Zweifel über das oben Gefagte, so wie wegen des Aufenthaltes, beliebe man sich gefälligst an die fürl. General-Direktion zu **Kleinen**, oder poste rest. Nr. 96, Kelsen, in portofreien Briefen zu wenden.

Fonds- u. Aktien-Börse. Berlin, 19. Februar 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 3½ 74½ B

Aachen-Maastricht 4 17½-17½ B

Amtf. Rotterd. 4 69½ B

Beig. Märk. Lt. A. 4 73 B

Berl.-Anhalt 4 103½ B

Berl.-Hamburg 4 103½ B

Berl.-Potsd. Magd. 4 122 B

Berl.-Stettin 4 94 B

Bresl. Schw. Freib. 4 80 B

Brieg-Reiche 4 46½ B

Cöln-Trefeld 4 73½ B

Cöln-Münden 3½ 121½ B

Co. Ober. (Wih.) 4 —

do. Stamm-Pr. 4 —

do. do. 5 —

Elbauen-Zittauer 4 —

Ludwigsburg. Verb. 4 128½ B

Magdeb. Halberst. 4 182 B

Magdeb. Witteb. 4 33½ B

Mann-Ludwigsb. 4 96½ B

Mettenbürger 4 42½ B

Münster-Hamme 4 89 B

Neufeldt-Weizb. 4 —

Niederb. Würz. 4 91 B

Niederb. Zweig. 4 37 B

do. Stamm-Pr. 5 —

Röhrd. Fr. Wih. 4 48½ B

Obersch. Lt. A. C. 3½ 109 B

do. Lit. B. 4 104½ B

Do. Do. 5 130½ B

Oppeln-Larnowit. 4 29½ B

Pr. Wih. (See. B) 4 48½ B

Bau- und Kredit-Aktien und Anteilscheine.

Berl. Kaffeeverein 4 117 B

Berl. Handels-Gef. 4 74½ G

Braunsch. Bl. A. 4 73 etw. Bz

Brümer. do. 4 95½ Bz

Coburg. Kredit-do. 4 53 etw. Bz

Danzig. Priv. Bl. 4 78½ G

Darmstädter abgft. 4 60½ Bz u G

do. Ber. Schiene 4 —

do. Zettel. Bl. A. 4 90 B

Desfauer Kredit-do. 4 20½ Bz

Do. Comm. Aut. 4 81 B

Geisner Kred. Bl. A. 4 27½ B

Geraer do. 4 73½ G

Gothaer Pris. do. 4 70 etw. Bz u G

Hannover. do. 4 89½ Bz

Königsl. Pris. do. 4 83½ Bz

Kreis. Kredit. do. 4 54½ G

Lüneburg. do. 4 71 B

Magdeb. Pris. do. 4 75 G

Minden. Kred. do. 4 66 B

Moldau. Land. do. 4 83½ G

Norddeutsch. do. 4 73-73½ Bz

Do. Kredit. do. 4 78½-77½ Bz

Pomm. Ritt. do. 4 78½ Bz

Poeseier Prog. Bank 4 132½ Bz

Rostod. Bank. Aut. 4 —

Schles. Bank-Verein 4 72 B

Schles. Bank-Akt. 4 50½ G (Kl. Bz)

Thuring. Bank-Akt. 4 98 G

Verzinsbank. Hamb. 4 102½ Bz

do. II. Em. 5 112½ Bz

do. III. Em. 5 112½ Bz

do. IV. Em. 4 95½ Bz

do. V. Em. 4 82½ Bz

do. VI. Em. 4 79½ Bz

do. VII. Em. 4 75½ Bz

do. VIII. Em. 4 71½ Bz

do. IX. Em. 4 67½ Bz

do. X. Em. 4 63½ Bz

do. XI. Em. 4 59½ Bz

do. XII. Em. 4 55½ Bz

do. XIII. Em. 4 51½ Bz

do. XIV. Em. 4 47½ Bz

do. XV. Em. 4 43½ Bz

do. XVI. Em. 4 39½ Bz

do. XVII. Em. 4 35½ Bz

do. XVIII. Em. 4 31½ Bz

do. XVIX. Em. 4 27½ Bz

do. XX. Em. 4 23½ Bz

do. XXI. Em. 4 19½ Bz

do. XXII. Em. 4 15½ Bz

do. XXIII. Em. 4 11½ Bz

do. XXIV. Em. 4 7½ Bz

do. XXV. Em. 4 3½ Bz

do. XXVI. Em. 4 1½ Bz

do. XXVII. Em. 4 ½ Bz

do. XXVIII. Em. 4 ¼ Bz

do. XXIX. Em. 4 ½ Bz

do. XXX. Em. 4 ½ Bz

do. XXXI. Em. 4 ½ Bz

do. XXXII. Em. 4 ½ Bz

do. XXXIII. Em. 4 ½ Bz

do. XXXIV. Em. 4 ½ Bz

do. XXXV. Em. 4 ½ Bz

do. XXXVI. Em. 4 ½ Bz

do. XXXVII. Em. 4 ½ Bz

do. XXXVIII. Em. 4 ½ Bz

do. XXXIX. Em. 4 ½ Bz

do. XL. Em. 4 ½ Bz

do. XLI. Em. 4 ½ Bz

do. XLII. Em. 4 ½ Bz

do. XLIII. Em. 4 ½ Bz

do. XLIV. Em. 4 ½ Bz

do. XLV. Em. 4 ½ Bz

do. XLVI. Em. 4 ½ Bz

do. XLVII. Em. 4 ½ Bz

do. XLVIII. Em. 4 ½ Bz

do. XLIX. Em. 4 ½ Bz

do. XLX. Em. 4 ½ Bz

do. XLXI. Em. 4 ½ Bz

do. XLII. Em. 4 ½ Bz

do. XLIII. Em. 4 ½ Bz

do. XLIV. Em. 4 ½ Bz